

## **Regierungs- und Verwaltungsorganisationsverordnung (RVOV)**

Gestützt auf Art. 49 der Kantonsverfassung und Art. 24 des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes

von der Regierung erlassen am 24. Oktober 2006

---

### **I. Regierung**

#### **Art. 1**

Sitzungsort und  
Sitzungstag

Die Sitzungen finden in der Regel am Dienstag im Regierungsgebäude in Chur statt.

#### **Art. 2**

Eintritt während  
der Amtsdauer

Die Regierung setzt den Amtsantritt für ein in einer Ersatzwahl neu gewähltes Mitglied fest.

#### **Art. 3**

Zustellung der  
Anträge

<sup>1</sup> Beschlussanträge sind von den Departementen bis spätestens zwei Arbeitstage vor der Sitzung schriftlich bei der Standeskanzlei einzureichen. Sie sind in jener Form abzufassen, in welcher sie nach der Beschlussfassung durch die Regierung ausgefertigt werden.

<sup>2</sup> Anträge und Berichte grösseren Umfanges oder grösserer Tragweite, insbesondere Entwürfe von Botschaften an den Grossen Rat und von Regierungsverordnungen, sind spätestens eine Woche vor der Sitzung je in einer Ausfertigung den Regierungsmitgliedern und der Kanzleidirektorin oder dem Kanzleidirektor zuzustellen.

#### **Art. 4**

Traktandenliste

Aufgrund der Meldungen der Departemente erstellt die Standeskanzlei die Traktandenliste für die Regierungssitzung. Sie stellt die Liste umgehend den Regierungsmitgliedern sowie der Kanzleidirektorin oder dem Kanzleidirektor zur Verfügung.

#### **Art. 5**

Aktenauflage

Die Sitzungsakten werden im Regierungsgebäude zur Einsichtnahme aufgelegt. Anträge und Schlüsseldokumente sind zusätzlich elektronisch zur Verfügung zu stellen.

## Art. 6

<sup>1</sup> Die Beratung eines Geschäftes wird verschoben, wenn:

- a) das Regierungsmitglied, welches für das Geschäft zuständig ist, dies verlangt;
- b) bei weiterem Klärungsbedarf oder aus anderen wichtigen Gründen, falls die Mehrheit der Regierungsmitglieder dies beschliesst.

Verschiebung  
eines Geschäftes,  
Rückkommen

<sup>2</sup> Die Regierung kann auf einen Beschluss zurückkommen, wenn dieser noch nicht zugestellt ist und die Mehrheit der Regierungsmitglieder dem Rückkommensantrag zustimmt.

## Art. 7

<sup>1</sup> Das Protokoll enthält die Wiedergabe der Regierungsbeschlüsse.

Protokoll

<sup>2</sup> Im Protokoll dürfen keine Hinweise auf das Stimmverhältnis festgehalten werden.

<sup>3</sup> Jedes Regierungsmitglied hat das Recht, seine von der Mehrheit abweichende Meinung zu Protokoll zu geben.

## Art. 8

<sup>1</sup> Die Beschlüsse werden von der Standeskanzlei ausgefertigt.

Ausfertigung und  
Unterzeichnung

<sup>2</sup> Die für das Protokoll bestimmte Beschlussausfertigung wird gestempelt und von der Regierungspräsidentin oder vom Regierungspräsidenten und von der Kanzleidirektorin oder dem Kanzleidirektor handschriftlich unterzeichnet.

<sup>3</sup> Für die elektronische oder mechanische Wiedergabe der Beschlussausfertigung kann die Unterzeichnung mit elektronischer Vorlage oder mittels Faksimile-Stempel erfolgen, sofern die handschriftliche Unterzeichnung nicht zwingend vorgeschrieben ist.

## II. Kantonale Verwaltung

### Art. 9

Die Kantonale Verwaltung gliedert sich wie folgt:

Gliederung und  
Benennung

- a) Departement für Volkswirtschaft und Soziales
- b) Departement für Justiz, Sicherheit und Gesundheit
- c) Erziehungs-, Kultur- und Umweltschutzdepartement
- d) Departement für Finanzen und Gemeinden
- e) Bau-, Verkehrs- und Forstdepartement
- f) Standeskanzlei als Stabsstelle

## Art. 10

Aufgabenbereiche  
Departemente  
und  
Standeskanzlei

Die Aufgabenbereiche der einzelnen Departemente und der Standeskanzlei werden von der Regierung in Anhang 1 zu dieser Verordnung festgelegt.

## Art. 11

Organisatorische  
Gliederung  
Departemente  
und  
Standeskanzlei

Die organisatorische Gliederung der Departemente in Ämter und gleichgestellte Organisationseinheiten sowie der Standeskanzlei wird von der Regierung in Anhang 1 zu dieser Verordnung festgelegt. Die weitere Organisation bestimmt die Departementsvorsteherin oder der Departementsvorsteher beziehungsweise die Kanzleidirektorin oder der Kanzleidirektor.

## Art. 12

Unterschriftsberechtigung  
1. In den Departementen

<sup>1</sup> Die Departementsvorsteherinnen oder Departementsvorsteher sind für den Aufgabenbereich eines Departementes zeichnungsberechtigt.

<sup>2</sup> Sie können für bestimmte Sachbereiche weitere Unterschriftsberechtigungen festlegen.

<sup>3</sup> Verfügungen und Beschwerdeentscheide des Departementes unterzeichnet im Verhinderungsfalle der Vorsteherin oder des Vorstehers das stellvertretende Regierungsmitglied oder, wenn dieses ebenfalls verhindert ist, ein anderes Mitglied der Regierung.

## Art. 13

2. In den Ämtern

<sup>1</sup> Die Leiterinnen und Leiter sind für den Aufgabenbereich eines Amtes oder einer gleichgestellten Organisationseinheit zeichnungsberechtigt.

<sup>2</sup> Sie können für bestimmte Sachbereiche weitere Unterschriftsberechtigungen festlegen.

## Art. 14

3. Form der  
Unterschriftsdelegation,  
Öffentlichkeit

<sup>1</sup> Die Delegation der Unterschriftsberechtigung hat in Form einer generellen Umschreibung zu erfolgen.

<sup>2</sup> Auf Verlangen ist Aussenstehenden Einsicht in die Grundlagen der Unterschriftsdelegation zu geben

## Art. 15

Unterzeichnungsformen  
1. Einzelverfügungen und  
Beschwerdeentscheide

<sup>1</sup> Einzelverfügungen und Beschwerdeentscheide sind in der Regel eigenhändig zu unterzeichnen.

<sup>2</sup> In besonderen Fällen, namentlich bei zeitlicher Dringlichkeit oder wenn Einzelverfügungen in grösserer Zahl erlassen werden, kann die Unterzeichnung mit Faksimile-Stempel oder elektronischer Vorlage erfolgen.

## Art. 16

Verfügungen, die in grosser Zahl auf elektronischem oder mechanischem Weg erlassen werden, können mit Faksimile-Stempel oder mit elektronischer Vorlage unterzeichnet werden oder keine Unterschrift tragen.

2. Massenverfügungen

## III. Schlussbestimmungen

### Art. 17

Die nachfolgenden Erlasse werden aufgehoben:

Aufhebung  
bisherigen Rechts

- a) Beschluss betreffend Zuweisung von Sachgebieten an die Departemente vom 15. Dezember 1986;
- b) Verordnung über die Unterschriftsberechtigung für Verfügungen und Beschwerdeentscheide in den Departementen und Ämtern vom 31. Januar 1995.

### Art. 18

Die Änderung von Verordnungen wird in Anhang 2 geregelt.

Änderung  
bisherigen Rechts

### Art. 19

Diese Verordnung tritt zusammen mit dem Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz in Kraft <sup>1)</sup>.

Inkrafttreten

## **Aufgabenbereiche und Gliederung der Departemente**

### **I. Aufgabenbereiche der Departemente und der Standeskanzlei**

#### **1. DEPARTEMENT FÜR VOLKSWIRTSCHAFT UND SOZIALES**

##### *A. Volkswirtschaft*

- a) Handelsregister und Grundbuch
- b) Landwirtschaft
  - Betriebsberatung
  - Strukturverbesserungen und Vermessungen
  - Lebensmittelsicherheit und Tiergesundheit
  - Plantahof (Landw. Bildungs- und Beratungszentrum)
- c) Industrie, Gewerbe und Arbeit
  - Aufsicht über die Industrie, Gewerbe und Arbeit
  - Wirtschaftliche Landesversorgung
  - Arbeitsbeschaffung
  - Arbeitslosenversicherung
  - Preiskontrolle und Konsumentenschutz
- d) Tourismus
  - Fördermassnahmen
  - Gastwirtschaftsgewerbe
  - Schneesport- und Bergführerwesen
  - Luftseilbahnen und Skilifte
- e) Wirtschaftsförderung
  - Fördermassnahmen
  - Entwicklungskonzepte
  - Standortmarketing
- f) Regionalpolitik
  - Fördermassnahmen
  - Statistik
- g) Raumentwicklung
  - Kantonale Raumordnungspolitik
  - Richt- und Nutzungsplanungen
  - Aufsicht kommunales Bau- und Planungswesen
  - Bauen ausserhalb der Bauzonen
- h) Wohnungsbau und Mietwesen

- i) Europafragen
- j) Welthandel

**B. Soziales**

- a) Sozialhilfe
  - Persönliche Hilfe
  - Materielle Hilfe
  - Pflegekinderwesen
  - Aufsicht über die Kinderheime
  - Integration behinderter Erwachsener
  - Familienfragen
  - Opferhilfe/Kindesschutz
- b) Sozialversicherungen
  - AHV-Ausgleichskasse
  - IV-Stelle
  - Familienausgleichskasse

**2. DEPARTEMENT FÜR JUSTIZ, SICHERHEIT UND GESUNDHEIT**

**A. Justiz**

- a) Justiz
  - Gerichtswesen
  - Strafuntersuchung und -verfolgung
  - Allgemeine Verfassungsfragen
- b) Strafrecht und Strafvollzug
  - Allgemeines Strafrecht
  - Straf- und Massnahmenvollzug
- c) Bürger- und Zivilrecht
  - Einbürgerungen
  - Zivilstandswesen
- d) Anwalts- und Notariatswesen

**B. Sicherheit**

- a) Kantonspolizei
  - Allgemeine Polizeiaufgaben
  - Verkehrspolizei
  - Kriminalpolizei
  - Sicherheitspolizei
- b) Ausländerrecht
  - Fremdenpolizei
  - Asylwesen
- c) Pass- und Patentwesen

- d) Spielpolizei und Lotteriewesen
- e) Eich- und Messwesen
- f) Strassenverkehr
  - Fahrzeugsteuern
  - Führerprüfungen und Fahrzeugabnahmen
  - Sonderbewilligungen
  - Strafen und Massnahmen
- g) Schifffahrt
- h) Gebäudeversicherung
  - Gebäudeversicherung
  - Elementarschäden
- i) Feuerpolizei
  - Feuerverhütung
  - Feuerbekämpfung
- j) Militär
  - Kreiskommando
- k) Zivilschutz
  - Bauten
  - Ausbildung
- l) Kantonale Sicherheitskooperation
  - Kantonale Leitungsorganisation für den Katastrophenfall
  - Kantonaler Führungsstab
  - Gemeindeführungsstäbe

### C. *Gesundheit*

- a) Alters- und Pflegeheime
  - Beiträge
  - Planung
- b) Bestattungswesen
- c) Betäubungsmittel
- d) Gesundheitsförderung und Prävention
- e) Gesundheitspolizei
  - Aufsicht
  - Bewilligungen
- f) Gesundheitsschutz
- g) Heilmittel
- h) Krankenversicherung
  - Prämienverbilligung
  - Versicherungsobligatorium
  - Tarife
- i) Psychiatrische Kliniken
  - Beiträge
  - Planung
- j) Rehabilitationskliniken
  - Beiträge

- Planung
  - k) Rettungswesen
  - l) Schularztdienst
  - m) Schulzahnpflege
  - n) Spitäler
    - Beiträge
    - Planung
  - o) Spitex
3. ERZIEHUNGS-, KULTUR- UND UMWELTSCHUTZ-DEPARTEMENT
- A. *Erziehung*
- a) Volksschule, Kindergarten und Sonderschulung
  - b) Mittelschulen und Tertiärbildung
  - c) Berufsbildung und Berufsberatung
  - d) Sport und Sportförderung
- B. *Kultur*
- a) Kultur und Sprachförderung
  - b) Archäologie und Denkmalpflege
  - c) Staatsarchiv und Kantonsbibliothek
  - d) Kantonale Museen
- C. *Umweltschutz*
- a) Natur und Landschaft
  - b) Ökologie
  - c) Wasser und Abwasser
  - d) Abfall und Kies
  - e) Luft, Lärm, Strahlen
4. DEPARTEMENT FÜR FINANZEN UND GEMEINDEN
- A. *Finanzen*
- a) Finanzpolitik
  - b) Finanzkontrolle
  - c) Finanzverwaltung
    - Finanz- und Rechnungswesen
    - Tresorerie
    - Stiftungsaufsicht
  - d) Personal und Organisation
    - Personalmanagement

- Organisationsfragen
- e) Pensionskasse
- f) Steuern
  - Vollzug des kantonalen Steuergesetzes
  - Vollzug der direkten Bundessteuer
  - Gesetzgebung (allgemeine Steuern)
  - Gemeindesteuern
- g) Informatik
- h) Schätzungen

### B. *Gemeinden*

- a) Gemeindeaufsicht
- b) Interkommunaler Finanzausgleich

## 5. BAU-, VERKEHRS- UND FORSTDEPARTEMENT

### A. *Bau*

- a) Strassenbau und -unterhalt
  - Projektierung
  - Strassenerhaltung
  - Oberbauleitung
  - Landerwerb und Administration
- b) Fluss- und Wildbachverbauung
- c) Hochbau
  - Bauvorhaben
  - Bewirtschaftung für Immobilien

### B. *Wasser und Energie*

- a) Wasserkraftnutzung
- b) Energienutzung und -beratung
- c) Energieversorgung

### C. *Verkehr*

- a) Koordinierte Verkehrspolitik
- b) Öffentlicher Verkehr
  - Eisenbahnen
  - Busbetriebe
- c) Langsamverkehr
- d) Luftverkehr

## D. *Wald*

- a) Waldbewirtschaftung
- b) Holzkette
- c) Walderhaltung
- d) Schutz vor Naturgefahren

## E. *Jagd und Fischerei*

- a) Jagdaufsicht
- b) Jagdplanung
- c) Wildhege
- d) Fischereiaufsicht
- e) Fischereibewirtschaftung

## 6. STANDESKANZLEI

- a) Allgemeine Stabsdienste für die Regierung
- b) Führungsunterstützung für die Regierung
- c) Informationsdienst für die Regierung
- d) Koordination Aussenbeziehungen
- e) Koordination Electronic Government
- f) Politische Rechte
- g) Übersetzungsdienst für Regierung und Kantonale Verwaltung
- h) Formelle Gesetzgebung
- i) Datenschutz
- j) Zentrale Dienste (Postdienst, Drucksachen und Materialdienst, Legalisationen)
- k) Protokolldienst für Anlässe der Regierung

## II. **Gliederung der Departemente und der Standeskanzlei**

### 1. DEPARTEMENT FÜR VOLKSWIRTSCHAFT UND SOZIALES

Das Departement für Volkswirtschaft und Soziales gliedert sich wie folgt:

- a) Departementssekretariat
- b) Grundbuchinspektorat und Handelsregister
- c) Amt für Industrie, Gewerbe und Arbeit
- d) Amt für Wirtschaft und Tourismus
- e) Amt für Raumentwicklung
- f) Landwirtschaftliches Bildungs- und Beratungszentrum Plantahof
- g) Amt für Lebensmittelsicherheit und Tiergesundheit
- h) Amt für Landwirtschaft und Geoinformation
- i) Sozialamt

Dem Departement für Volkswirtschaft und Soziales ist zugewiesen:

- Sozialversicherungsanstalt

## 2. DEPARTEMENT FÜR JUSTIZ, SICHERHEIT UND GESUNDHEIT

Das Departement für Justiz, Sicherheit und Gesundheit gliedert sich wie folgt:

- a) Departementssekretariat
- b) Staatsanwaltschaft
- c) Amt für Justizvollzug
- d) Kantonspolizei
- e) Amt für Polizeiwesen und Zivilrecht
- f) Strassenverkehrsamt
- g) Amt für Militär und Zivilschutz
- h) Gesundheitsamt

Dem Departement für Justiz, Sicherheit und Gesundheit sind zugewiesen:

- a) Psychiatrische Dienste Graubünden
- b) Gebäudeversicherungsanstalt

## 3. ERZIEHUNGS-, KULTUR- UND UMWELTSCHUTZ-DEPARTEMENT

Das Erziehungs-, Kultur- und Umweltschutzdepartement gliedert sich wie folgt:

- a) Departementsdienste (inkl. Stabsstelle für Chancengleichheit von Frau und Mann)
- b) Amt für Volksschule und Sport
- c) Amt für Berufsbildung
- d) Amt für Höhere Bildung
- e) Amt für Kultur
- f) Amt für Natur und Umwelt

Dem Erziehungs-, Kultur- und Umweltschutzdepartement sind zugewiesen:

- a) Bildungszentrum Gesundheit und Soziales
- b) Pädagogische Hochschule
- c) Hochschule für Technik und Wirtschaft Chur

## 4. DEPARTEMENT FÜR FINANZEN UND GEMEINDEN

Das Departement für Finanzen und Gemeinden gliedert sich wie folgt:

- a) Departementssekretariat
- b) Finanzverwaltung
- c) Finanzkontrolle

- d) Steuerverwaltung
- e) Amt für Informatik
- f) Personal- und Organisationsamt
- g) Amt für Gemeinden
- h. Amt für Schätzungswesen

Dem Departement für Finanzen und Gemeinden ist zugewiesen:

- Kantonale Pensionskasse

### 5. BAU-, VERKEHRS- UND FORSTDEPARTEMENT

Das Bau-, Verkehrs- und Forstdepartement gliedert sich wie folgt:

- a) Departementssekretariat
- b) Tiefbauamt
- c) Hochbauamt
- d) Amt für Energie
- e) Amt für Wald
- f) Amt für Jagd und Fischerei

Dem Bau-, Verkehrs- und Forstdepartement ist zugewiesen:

- Bildungszentrum für Wald Maienfeld

### 6. STANDESKANZLEI

Die Standeskanzlei gliedert sich wie folgt:

- a) Führungsunterstützung
- b) Allgemeine Dienste
- c) Sekretariat der Regierung
- d) Ratssekretariat

Der Standeskanzlei ist zugewiesen:

- Datenschutzaufsichtsstelle

## **Änderung bisherigen Rechts**

Die nachstehenden Verordnungen werden wie folgt geändert:

**1. Verordnung zum Bürgerrechtsgesetz des Kantons Graubünden (KBüV) vom 13. Dezember 2005 (BR 130.110)**

**Art. 1 Marginalie**

Zuständigkeit  
1. Departement  
für Justiz,  
Sicherheit und  
Gesundheit

**2. Vollziehungsverordnung zur Verordnung des Bundesrates vom 22. Dezember 1980 über den Heimatschein vom 4. Mai 1981 (BR 130.500)**

**Art. 1 Abs. 2**

<sup>2</sup> An neu ins Kantonsbürgerrecht aufgenommene Personen dürfen Heimatscheine erst ausgestellt werden, nachdem die Einbürgerung vom Departement dem Zivilstandsamt des neuen Bürgerortes schriftlich mitgeteilt ist.

**3. Verordnung über die Übertragung von Befugnissen der Regierung auf die Departemente vom 22. Dezember 1969 (BR 170.340)**

**Art. 1 Abs. 1 lit. d**

<sup>1</sup> Folgende in Artikel 15 des Einführungsgesetzes vom 12. Juni 1994 zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch aufgezählte Geschäfte werden dem Departement für Justiz, Sicherheit und Gesundheit zur Erledigung zugewiesen:

d) aufgehoben

**Art. 2**

**Aufgehoben**

**Art. 7**

Aufgehoben

**4. Reglement über den Fonds für nichtversicherte Risiken der kantonalen Verwaltungs- und Schulbetriebe vom 21. August 1963 (BR 170.480)**

**Art. 4 Abs. 1 und 2 lit. a**

<sup>1</sup> Gesuche um Gewährung von Leistungen aus dem Fonds sind schriftlich beim Departement für Finanzen und Gemeinden einzureichen

<sup>2</sup> Die Entscheidungsbefugnis in Bezug auf den geltend gemachten Gesamtschaden für ein Schadenereignis steht folgenden Instanzen zu:

- a) bis zu einem Betrag von 10 000 Franken dem Departement für Finanzen und Gemeinden;

**5. Verordnung über den Einsatz der Informatik in der Kantonalen Verwaltung Graubünden (Informatik-Verordnung, InfV) vom 26. Juni 2001 (BR 170.500)**

**Art. 6 Abs. 1**

<sup>1</sup> Die Informatik-Kommission steht unter dem Vorsitz der Vorsteherin oder des Vorstehers des Departementes für Finanzen und Gemeinden. Als weitere Mitglieder nehmen je ein Vertreter der übrigen Departemente und der Standeskanzlei sowie der Leiter des Amtes für Informatik Einsitz.

**Art. 8 Abs. 2**

<sup>2</sup> Die kantonale Verwaltung verfügt über eine beschränkte Anzahl Verwaltungseinheiten mit hoher Informatik-Kompetenz, welche definierte Leistungen für sich selbst erbringen können. Das vorgesetzte Departement bestimmt nach Rücksprache mit dem Departement für Finanzen und Gemeinden diese Verwaltungseinheiten und legt die Aufgaben fest.

**6. Verordnung über die Gebühren der Grundbuchämter vom 5. Dezember 2000 (BR 217.200)**

**Art. 7 Abs. 1**

<sup>1</sup> Beschwerden gegen Rechnungsverfügungen betreffend Grundbuchgebühren sind innert 20 Tagen an das Departement für Volkswirtschaft und Soziales zu richten.

**7. Verordnung über die Gebühren für den Bezug von Auszügen und Auswertungen der Amtlichen Vermessung vom 18. April 2006 (BR 217.260)**

**Art. 3 Abs. 1 lit. c**

c) das Amt für Landwirtschaft und Geoinformation für den kantonsinternen Gebrauch.

**Art. 12 Abs. 2 und 3**

<sup>2</sup> Grosse Datenbezüge im Rahmen eines Dauerbenutzungsvertrages erfolgen in der Regel über das Amt für Landwirtschaft und Geoinformation oder über die Geodatendrehscheibe.

<sup>3</sup> Das Amt für Landwirtschaft und Geoinformation ist berechtigt, Daten an Dritte zu liefern für Projekte, welche gestützt auf eine gesetzliche Grundlage im kantonalen Recht oder im Bundesrecht durchgeführt werden.

**Art. 13 Abs. 2**

<sup>2</sup> Die Bearbeitungsgebühren stehen der Abgabestelle zu. Ist das Amt für Landwirtschaft und Geoinformation Abgabestelle, so wird der Nachführungsgeometer für seine Aufwendungen und Datenlieferungen nach Artikel 11 Absatz 2 entschädigt.

**8. Verordnung über den Fähigkeitsausweis der Grundbuchverwalter vom 3. September 1990 (BR 217.650)**

**Art. 2 Abs. 1**

<sup>1</sup> Das Departement für Volkswirtschaft und Soziales wählt den Präsidenten, zwei Mitglieder und drei Stellvertreter der Prüfungskommission. Mindestens ein Mitglied muss amtierender Grundbuchverwalter sein.

**9. Verordnung betreffend die Aufsicht über die Stiftungen vom 24. Juni 2003 (BR 219.100)**

**Art. 3 Abs. 1 und 3**

<sup>1</sup> Das Departement für Finanzen und Gemeinden ist kantonale Aufsichtsbehörde. Es nimmt seine Befugnisse durch die Finanzverwaltung wahr.

<sup>3</sup> Das Departement für Finanzen und Gemeinden ist Umwandlungsbehörde (Art. 25 EGZZGB).

**10. Ausführungsbestimmungen über die Haftpflichtversicherung für die Haftung des Kantons nach dem Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs vom 9. Dezember 1996 (BR 220.150)**

**Art. 4**

Ereignet sich ein Schadenfall, sind die gemäss Artikel 10 Absatz 1 GVV zum SchKG Versicherten verpflichtet, das Departement für Finanzen und Gemeinden unverzüglich zu benachrichtigen.

**11. Verordnung über das Strafregister und die Leumundszeugnisse vom 18. August 1992 (BR 350.140)**

**Art. 1**

Das kantonale Strafregister ist ein Bestandteil des schweizerischen Strafregisters. Es wird durch das Polizeikommando nach Massgabe der Verordnung des Bundesrates über das Strafregister (BRV) geführt und erfasst alle Personen, die von den Behörden des Kantons verurteilt worden sind, sowie alle verurteilten Kantonsbürger (Art. 359 lit. b StGB, Art. 1 lit. b BRV). Aufsichtsinstanz ist das Departement.

**Art. 4**

Die zuständige Behörde zur Löschung von Urteilen ausländischer Gerichte, die Kantonsbürger betreffen (Art. 21 BRV), ist das Departement.

**12. Verordnung über Gebühren und Entschädigung der im Strafverfahren mitwirkenden Personen sowie das Rechnungswesen vom 16. Dezember 1974 (BR 350.230)**

**Art. 21 Abs. 4**

Die Entschädigung für den amtlichen Verteidiger ist durch die Bezirksgerichts- beziehungsweise Kreiskasse auszuführen. Sind die Verfahrenskosten vom Staat zu übernehmen oder sind sie nicht innert 30 Tagen erhältlich, so kann das Bezirks- beziehungsweise Kreisamt dem Departement für die Entschädigung des amtlichen Verteidigers Rechnung stellen. Werden die auferlegten Verfahrenskosten nachträglich ganz oder teilweise bezahlt, so ist die vergütete Entschädigung für den amtlichen Verteidiger dem Kanton anteilmässig zu erstatten.

**13. Ausführungsbestimmungen zur grossrätlichen Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über explosionsgefährliche Stoffe (Sprengstoffgesetz), vom 25. März 1977 (RAB zum Sprengstoffgesetz) vom 20. Dezember 1982 (BR 350.325)**

**Art. 1 Marginalie**

Departement für  
Justiz, Sicherheit  
und Gesundheit

**Art. 2**

Departement für  
Finanzen und  
Gemeinden

Das Departement für Finanzen und Gemeinden schliesst für die kantonseigenen Lager von Sprengmitteln und pyrotechnischen Gegenständen eine Haftpflichtversicherung ab.

**Art. 9 Abs. 2**

<sup>2</sup> Ist für eine Übertretung nur Busse angedroht, so erfolgt die Verzeigung direkt durch die Kantonspolizei an das Departement für Justiz, Sicherheit und Gesundheit.

**14. Ausführungsbestimmungen zur grossrätlichen Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über Waffen, Waffenzubehör und Munition (Waffengesetz; WG), vom 20. Juni 1997 (RAB zur GVV zum WG) vom 27. April 1999 (BR 350.345)**

**Art. 1**

Zuständiges Departement zur Ausübung der Aufsicht über den Vollzug des Bundesgesetzes über Waffen, Waffenzubehör und Munition und der gestützt darauf erlassenen Verordnung ist das Departement für Justiz, Sicherheit und Gesundheit.

**15. Verordnung über die Unterbringung und Betreuung der Untersuchungsgefangenen vom 9. Dezember 1974 (BR 350.450)**

**Art. 5**

Die Untersuchungshäftlinge unterstehen, unter Vorbehalt der nachstehend festgehaltenen Abweichungen, der Hausordnung der Anstalt Sennhof. Die Hausordnung bedarf der Genehmigung des Departementes für Justiz, Sicherheit und Gesundheit.

**Art. 21**

Die Kosten der Untersuchungshaft werden durch die Staatsanwaltschaft in Rechnung gestellt. Für den Aufenthaltstag gilt der vom Departement für Justiz, Sicherheit und Gesundheit festgelegte Betrag, wobei ein angebrochener Tag ganz gezählt wird. Das Departement für Justiz, Sicherheit und Gesundheit passt den Haftkostenbetrag nach Rücksprache mit dem Departement für Finanzen und Gemeinden durch entsprechende Verfügung dem jeweiligen Lebenskostenindex an.

**16. Verordnung über die Wohnheime der kantonalen Schulen vom 4. Juli 2000 (BR 420.200)**

**Art. 20**

Aufgehoben

**17. Verordnung über die Kindergartenaufsicht im Kanton Graubünden vom 27. Oktober 1998 (BR 420.525)**

**Art. 1**

Werden die Aufgaben eines Inspektoratsbezirks auf zwei oder mehrere Kindergarteninspektorinnen aufgeteilt, ist das Departement für die Zuteilung der zu beaufsichtigenden Kindergärten zuständig.

**Art. 2**

Das Departement erlässt Richtlinien über die Pflichten und die besonderen Förder- und Beratungsaufgaben der Kindergarteninspektorinnen.

**18. Verordnung über den schulärztlichen Dienst vom 14. Dezember 2004 (BR 421.800)**

**Art. 4 Abs. 1 lit. a**

- a) führt die Impfungen nach Impfplan und Weisungen des Departementes für Justiz, Sicherheit und Gesundheit durch, trägt sie im Impfausweis ein und überlässt diesen den Erziehungsberechtigten;

**Art. 6 Abs. 2**

<sup>2</sup>Sie meldet den Namen der gewählten Personen der zuständigen Bezirksärztin oder dem zuständigen Bezirksarzt und dem Gesundheitsamt.

**19. Verordnung über die Schulzahnpflege vom 5. September 1995 (BR 421.850)**

**Art. 4**

Das Departement für Justiz, Sicherheit und Gesundheit setzt zur Einführung und Überwachung der Schulzahnpflege und zur Begutachtung von Fachfragen eine beratende Kommission ein.

**Art. 6 Abs. 2**

<sup>2</sup> Der Helfer sorgt dafür, dass die Kinder des ihm zugeteilten Kindergartens bzw. Schulhauses nach den Weisungen des Schulzahnarztes oder des Departementes für Justiz, Sicherheit und Gesundheit über richtige Ernährung und Zahnpflege aufgeklärt werden, organisiert die Kontrolluntersuchungen im Benehmen mit dem Schulzahnarzt und erstattet den zuständigen Organen der Kindergärten und Schulen Bericht über die Durchführung der Schulzahnpflege.

**Art. 15**

Reglemente über die Schulzahnpflege und Verträge mit Schulzahnärzten sind von den Trägerschaften in je einer Ausfertigung dem Gesundheitsamt zuzustellen.

**20. Verordnung über die Organisation der Bündner Kantonschule vom 15. März 1971 (BR 425.100)**

**Art. 24 zweiter Satz**

Über ihre Aufnahme entscheidet das Departement.

**21. Vollziehungsverordnung über die staatliche Anerkennung der Ausweise der Theologischen Hochschule Chur vom 8. März 1976 (BR 427.710)**

**Art. 1 Abs. 1**

<sup>1</sup> Das Gesuch um staatliche Anerkennung der Abschlussausweise ist durch den Träger dem Erziehungs-, Kultur- und Umweltschutzdepartement (Departement) zuhanden der Regierung einzureichen.

**Art. 5 zweiter Satz**

Sie sind vom Vorsteher des Departementes mitzuunterzeichnen.

**22. Reglement über die Lehrabschlussprüfungen in den gewerblich-industriellen Berufen vom 3. November 1982 (BR 430.150)**

**Art. 25**

Das Amt erstattet dem Bundesamt sowie dem Departement einen Bericht über den Prüfungsverlauf.

**23. Ausführungsverordnung über die Förderung von Turnen und Sport vom 16. Dezember 1974 (BR 470.150)**

**Ingress**

Gestützt auf Art. 10 der Verordnung über die Förderung von Turnen und Sport

**Art. 3 Abs. 2**

<sup>2</sup> Das Amt bestimmt auf Antrag der Schulkommission die Einzelheiten der Prüfungen.

**Art. 8 Abs. 2 zweiter Satz**

Das Departement kann Kurse obligatorisch erklären.

**Art. 9 lit. c**

c) das Amt.

**Art. 10 Abs. 1 zweiter Satz**

Der Vorsteher des Amtes gehört ihr als Mitglied an.

**Art. 11 Ziff. 1**

1. Antragstellung für Weisungen und Wegleitungen für den Turn- und Sportunterricht sowie den freiwilligen Schulsport in Zusammenarbeit mit dem Amt,

**Art. 12 erster Satz**

Das Departement wählt Turnberater für die von ihm festgesetzten Turnberaterkreise.

**Art. 13 lit. b und d**

- b) Organisation und Durchführung von Kreiskursen in Zusammenarbeit mit dem Amt und im Rahmen der allgemeinen Lehrerfortbildung;
- d) jährliche Berichterstattung an das Departement.

### **Art. 14**

Die Leitung, Organisation und Durchführung von Jugend + Sport nach den Vorschriften des Bundes wird dem Amt übertragen.

### **Art. 15 erster Satz**

Das Amt meldet der eidgenössischen Turn- und Sportschule die Anwärter zur Expertenausbildung.

### **Art. 17**

Das Erziehungs-, Kultur- und Umweltschutzdepartement erlässt im Einvernehmen mit dem Departement für Finanzen und Gemeinden ein Reglement über Ansatz und Berechnung des Kantonsbeitrages an kantonale Turn- und Sportverbände sowie andere kantonale Organisationen, deren Vereine, Clubs und Sektionen Aufgaben im Rahmen von Jugend + Sport übernehmen.

### **Art. 18 Abs. 1**

<sup>1</sup> Der Kanton schliesst eine Haftpflichtversicherung für die Durchführung von Kursen, Übungen und Prüfungen von Jugend + Sport sowie weitere vom Amt organisierte Anlässe ab.

### **Art. 19 lit. a**

a) das Amt

### **Art. 20 zweiter Satz**

Der Vorsteher des Amtes gehört ihr als Mitglied an.

### **Art. 21 letzter Satz**

Sie berät das Amt in der Auswahl der neu auszubildenden Experten und Jugend + Sport-Leiter.

### **Art. 22 Abs. 1 und 2 erster Satz**

<sup>1</sup> Das Amt regelt den Einsatz der Experten für die Betreuung der Sportfachkurse in Zusammenarbeit mit den Beauftragten der Verbände.

<sup>2</sup> Das Amt lädt die Experten regelmässig zu einer Expertenkonferenz ein.

### **Art. 23 Abs. 2**

<sup>2</sup> Das Erziehungs-, Kultur- und Umweltschutzdepartement bestimmt im Einvernehmen mit dem Departement für Finanzen und Gemeinden die Entschädigung für Turnberater und die Experten anlässlich der Expertenkonferenzen.

**24. Verordnung über Beiträge an kantonale Sportorganisationen für «Jugend + Sport» vom 21. November 1995 (BR 470.300)**

**Art. 1**

Für die Ausbildung der Jugendlichen im Rahmen von «Jugend + Sport» ist das Amt in Zusammenarbeit mit den kantonalen Sportorganisationen zuständig.

**Art. 3**

Sportorganisationen, die Anlässe im Rahmen von «Jugend + Sport» durchführen wollen, verpflichten sich, die Vorschriften und Weisungen der eidgenössischen Sportschule Magglingen (ESSM) und des Amtes einzuhalten.

**25. Verordnung zum Gesetz über die Förderung der Kultur (Kulturförderungsverordnung, KfV) vom 28. September 1997 (BR 494.310)**

**Art. 1**

<sup>1</sup> Innerhalb des Erziehungs-, Kultur- und Umweltschutzdepartementes (Departement) obliegt der Vollzug des KfV dem Amt für Kultur.

<sup>2</sup> Das Amt pflegt den Kontakt zu den Institutionen und Verbänden in den Bereichen Kultur, Spracherhaltung und -förderung sowie Kulturforschung und koordiniert gemeinsame Aufgaben mit den verschiedenen kantonalen kulturellen Institutionen.

**26. Ausführungsbestimmungen zur Verordnung über den Natur- und Heimatschutz vom 16. Dezember 1985 (BR 496.110)**

**Art. 1 Abs. 1**

<sup>1</sup> Das Erziehungs-, Kultur- und Umweltschutzdepartement kann auf Antrag der Natur- und Heimatschutzkommission, des Archäologischen Dienstes, der Denkmalpflege und des Amtes für Natur und Umwelt <sup>2</sup> der Regierung Vorschläge für die Unterstellung besonders wertvoller Objekte unter Natur- und Denkmalschutz unterbreiten.

**Art. 4 Abs. 1**

<sup>1</sup> Für den Erlass vorsorglicher Verfügungen im Sinne von Artikel 6 des Gesetzes über das Verfahren in Verwaltungs- und Verfassungssachen <sup>1</sup> ist das Erziehungs-, Kultur- und Umweltschutzdepartement zuständig.

**27. Reglement für die Hilfsaufseher im Dienste des Pflanzen- und Pilzschutzes vom 7. Juli 1975 (BR 498.250)**

**Art. 1**

Das Erziehungs-, Kultur- und Umweltschutzdepartement ernennt für die Dauer von jeweils vier Jahren Hilfsaufseher für den Pflanzen- und Pilzschutz.

**Art. 2**

Die Hilfsaufseher haben in der Ausübung ihrer Tätigkeit Dritten gegenüber die Stellung eines nichtständigen kantonalen Funktionärs und erhalten vom Departement einen Ausweis.

**Art. 3**

Die Gemeinden und Organisationen, welche die Interessen des Natur- und Heimatschutzes vertreten, wie die Naturforschende Gesellschaft, die Sektionen des Schweizerischen Alpenclubs und des Touristenvereins der Naturfreunde, der Bündner Naturschutzbund, die Vereine für Pilzkunde sowie die Verkehrsvereine, können dem Departement Vorschläge für Hilfsaufseher und für Pflanzen- und Pilzschutzgebiete unterbreiten.

**Art. 4 Abs. 1 und 2**

<sup>1</sup> Die Hilfsaufseher haben die Bergbesucher, Wanderer und Spaziergänger in ruhiger und höflicher Weise auf den Pflanzen- und Pilzschutz aufmerksam zu machen und Übertretungen auf amtlichem Formular dem Amt für Polizeiwesen und Zivilrecht in Chur anzuzeigen. Sie können dem Amt für Natur und Umwelt Anregungen und Vorschläge für den Pflanzen- und Pilzschutz unterbreiten.

<sup>2</sup> Anzeigeformulare und Quittungsbüchlein sind beim Amt für Natur und Umwelt zu beziehen.

**28. Reglement für die Sanitätskommission vom 12. Juli 1994 (BR 500.040)**

**Art. Abs. 1**

<sup>1</sup> Die Sanitätskommission besteht aus fünf Mitgliedern. Der Vorsteher des Departementes für Justiz, Sicherheit und Gesundheit ist von Amtes wegen Präsident der Kommission. Die übrigen vier Mitglieder werden von der Regierung auf vier Jahre gewählt und sind wiederwählbar. Die verschiedenen Fachgebiete des Gesundheitswesens sind nach Möglichkeit zu berücksichtigen.

**Art. 5 Abs.1 lit. a und h und Abs. 2**

- a) sie berät das Departement in allen wichtigen Fragen des Gesundheitswesens;
- h) sie beantragt dem Departement in Beurteilung der Auswirkungen der allgemeinen medizinischen Entwicklung die nötigen Massnahmen.

<sup>2</sup>Der Vorsteher des Departementes kann die Kommission oder einzelne Mitglieder mit besonderen Aufgaben betrauen.

**29. Reglement für die kantonale Psychiatriekommission vom 4. November 1996 (BR 500.050)**

**Art. 1**

Dem Departement für Justiz, Sicherheit und Gesundheit wird für die fachliche Beratung und Unterstützung eine Psychiatriekommission beigegeben.

**Art. 3**

Die Psychiatriekommission besteht aus 9 Mitgliedern. Sie werden vom Departement auf eine Amtsdauer von vier Jahren gewählt.

**Art. 4 Abs. 1**

<sup>1</sup>Die Psychiatriekommission ist beratendes Organ des Departementes für Fachfragen der psychiatrischen Versorgung des Kantons.

**30. Reglement für die Drogenkommission vom 4. Februar 1997 (BR 500.060)**

**Art. 1**

Die Drogenkommission berät und unterstützt das Departement für Justiz, Sicherheit und Gesundheit und die Regierung in Drogenfragen.

**Art. 3 Abs. 1**

<sup>1</sup>Die Drogenkommission besteht aus maximal elf vom Departementsvorsteher für eine Amtsdauer von vier Jahren gewählten Mitgliedern. Der Departementsvorsteher bestimmt den Präsidenten. Im Übrigen konstituiert sich die Kommission selbst.

**Art. 6**

Das Gesundheitsamt besorgt das Aktuariat der Drogenkommission.

**31. Verordnung über die Gebühren des Justiz-, Polizei- und Sanitätsdepartementes für den Sanitätsbereich vom 1. Dezember 1998 (BR 500.100)**

**Titel**

**Verordnung über die Gebühren im Gesundheitsbereich**

**32. Ausführungsbestimmungen zum Suchthilfegesetz vom 2. September 1997 (BR 500.810)**

**Art. 1**

Das Departement für Volkswirtschaft und Soziales vollzieht das Gesetz soweit weder das eidgenössische noch das kantonale Recht etwas anderes vorsehen.

**33. Verordnung zum Psychiatrie-Organisationsgesetz vom 10. Dezember 2002 (BR 500.920)**

**Art. 1 Abs. 1**

<sup>1</sup> Zuständiges Departement ist das Departement für Justiz, Sicherheit und Gesundheit.

**Art. 6**

Die Psychiatrischen Dienste Graubünden haben vor dem Abschluss von Versicherungsverträgen das Departement für Finanzen und Gemeinden zu konsultieren.

**34. Dienstreglement für Bezirksärzte vom 10. Dezember 1990 (BR 502.100)**

**Art. 3**

Die Bezirksärzte und Stellvertreter erhalten vom Gesundheitsamt zu ihrer Legitimation einen Ausweis.

**Art. 8 Abs. 2**

<sup>2</sup> Verstösse gegen die geltenden gesundheitspolizeilichen Vorschriften, wie insbesondere

- a) unbefugtes Ausüben von Tätigkeiten auf dem Gebiete der Heilkunde und
  - b) unbefugtes Inverkehrbringen von Heilmitteln
- sind vom Bezirksarzt unverzüglich dem Amt zu melden.

**35. Verordnung über die Entschädigung der Bezirksärzte für die Ausübung amtlicher Funktionen vom 12. Januar 1976 (BR 502.120)**

**Art. 3 lit .b**

b) den übrigen Fällen vom Gesundheitsamt zu Lasten des Staates.

**Art. 5**

Bei der Teilnahme an Konferenzen oder Kursen auf Einladung des Gesundheitsamtes, wird den Bezirksärzten ein Taggeld ausgerichtet, das von der Regierung festgesetzt und jeweils mit den Entschädigungen für die nichtständigen Funktionäre des Kantons der Teuerung angepasst wird.

**36. Heilmittelverordnung vom 7. Juli 1998 (BR 504.100)**

**Art. 33**

<sup>1</sup> Zuständiges Departement für den Veterinärbereich ist das Departement für Volkswirtschaft und Soziales.

<sup>2</sup>Für die übrigen Bereiche ist das Departement für Justiz, Sicherheit und Gesundheit zuständig.

**Art. 36**

Für die Erteilung und Erneuerung von Bewilligungen sowie für Prüfungen, Inspektionen und andere Verrichtungen werden Gebühren nach der Verordnung über die Gebühren im Gesundheitsbereich erhoben.

**37. Verordnung über den Verkehr mit Giften vom 1. Oktober 1973 (BR 504.350)**

**Art. 1**

Das Amt für Lebensmittelsicherheit und Tiergesundheit vollzieht die eidgenössischen Vorschriften über den Verkehr mit Giften.

Zuständigkeit  
a) Amt für  
Lebensmittel-  
sicherheit und  
Tiergesundheit

**Art. 2**

Das Amt für Industrie, Gewerbe und Arbeit vollzieht die in der Bundesgesetzgebung vorgesehenen Massnahmen zum Schutze der Arbeitnehmer in den dem eidgenössischen Arbeitsgesetz unterstellten Betrieben und deren Umgebung.

b) Amt für  
Industrie, Ge-  
werbe und Arbeit

**Art. 3 Abs. 1**

<sup>1</sup> Das Amt für Lebensmittelsicherheit und Tiergesundheit erteilt die Bewilligungen zum Verkehr mit Giften.

**Art. 4**

Das Amt für Lebensmittelsicherheit und Tiergesundheit nimmt Kleinmengen an Giften entgegen, die der Besitzer selbst nicht fachgerecht entsorgen kann.

**Art. 5**

Das Amt für Lebensmittelsicherheit und Tiergesundheit und die Gemeinden erheben für ihre Tätigkeit Gebühren im Rahmen der eidgenössischen Vorschriften.

**Art. 9 Abs. 2**

<sup>2</sup> Die Organe des Amtes für Lebensmittelsicherheit und Tiergesundheit sind zur Beschlagnahme als vorsorglicher Massnahme befugt.

**38. Verordnung über die Meldepflicht für den Anbau von Hanf (cannabis sativa) und dessen Verwendung im Kanton Graubünden vom 23. November 1998 (BR 504.360)**

**Art. 1 Abs. 2**

<sup>2</sup> Hanfanpflanzungen zur gewerbsmässigen Verwendung sowie für den privaten Gebrauch sind vor der Aussaat, jedoch spätestens bis zum 15. Mai des laufenden Jahres, dem Amt für Landwirtschaft und Geoinformation zu melden.

**Art. 2 Abs. 3**

<sup>3</sup> Ein Meldeformular kann beim Amt für Landwirtschaft und Geoinformation bezogen werden.

**Art. 3 Abs. 1**

<sup>1</sup> Der voraussichtliche Erntezeitpunkt ist dem Amt für Landwirtschaft und Geoinformation mindestens 15 Tage im Voraus, spätestens jedoch bis 15. August des laufenden Jahres, schriftlich unter Angabe der konkreten Verwendungsart (Produkte), sowie den Lagerungs- und Verarbeitungsort zu melden.

**Art. 4 Abs. 1 und 2**

<sup>1</sup> Das Amt für Landwirtschaft und Geoinformation kontrolliert die Angaben hinsichtlich des Saatgutes, der zu erwartenden THC-Werte und dem angegebenen Verwendungszweck.

<sup>2</sup> Das Amt für Lebensmittelsicherheit und Tiergesundheit entnimmt in Absprache mit dem Amt für Landwirtschaft und Geoinformation Hanfproben und untersucht diese auf den aktuellen THC-Gehalt.

**39. Ausführungsbestimmungen zur Organisation des Rettungswesens vom 9. November 2004 (BR 506.160)**

**Art. 11 Abs. 2**

<sup>2</sup> Das Gesundheitsamt (Amt) kann in begründeten Fällen Ausnahmen vorsehen.

**Art. 13 Abs. 1**

<sup>1</sup> Eine Organisation wird vom Departement für Justiz, Sicherheit und Gesundheit (Departement) als beitragsberechtigt anerkannt:

a) ...

**Art. 14**

Das Gesuch für eine Erneuerung der Anerkennung ist dem Amt mindestens sechs Monate vor Ablauf einzureichen. Im Gesuch sind Änderungen, die seit der Anerkennung eingetreten sind, bekannt zu geben und unter Beilage der aktualisierten Unterlagen zu belegen.

**Art. 16**

Das Amt kann die Beiträge streichen oder kürzen, wenn massgebliche Punkte des Leistungsauftrages nicht eingehalten werden.

**40. Verordnung über die Anstellungsbedingungen für die Chefärzte und Leitenden Ärzte der beitragsberechtigten Spitäler im Kanton Graubünden vom 6. September 1994 (BR 506.700)**

**Art. 20**

Die Spitalverwaltung hat jährlich dem Departement für Justiz, Sicherheit und Gesundheit die gesamten Bezüge der Chefärzte, Chefarztstellvertreter und Leitenden Ärzte zu melden.

**Art. 21 Abs. 6**

<sup>6</sup>Bei ausgewiesenem Bedürfnis kann dem Arzt auf Gesuch der zuständigen Spitalinstanz durch das Departement für seine persönliche berufliche Fortbildung ein bezahlter Urlaub bewilligt werden. Das Spital übernimmt allfällige Stellvertretungskosten. Es besteht kein Anspruch auf Auszahlung von Lohnguthaben bei nicht beanspruchtem Fortbildungsurlaub.

**41. Verordnung über die Führung von Pools an den öffentlichen Spitälern vom 22. August 1995 (BR 506.750)**

**Art. 2**

Für jeden Pool ist ein eigenes Poolreglement zu erlassen. Die Poolreglemente müssen von der Spitalkommission (Betriebskommission) und vom Departement für Justiz, Sicherheit und Gesundheit genehmigt werden.

**Art. 11 Abs. 3**

<sup>3</sup>Die kantonale Finanzkontrolle oder das Gesundheitsamt können die Poolrechnung periodisch kontrollieren.

**42. Entschädigungstarif für Fleischkontrolleure vom 21. Dezember 1999 (BR 507.410)**

**Art. 4 Abs. 1**

<sup>1</sup>Eine Entschädigung nach Zeitaufwand ist nur nach Rücksprache mit dem Amt für Lebensmittelsicherheit und Tiergesundheit möglich.

**Art. 5**

Zusätzliche Kontrollen im Auftrag des Amtes werden nach Zeitaufwand gemäss Artikel 6 litera a des Gebührentarifs für Amtstierärzte, Vieh- und Bieneninspektoren vom 2. Juli 1996 entschädigt.

**43. Gebührentarif für die Schlachtier- und Fleischnuntersuchung sowie für Plangenehmigungen und Betriebsbewilligungen von Schlachthanlagen vom 21. Dezember 1999 (BR 507.420)**

**Art. 4**

Das Amt für Lebensmittelsicherheit und Tiergesundheit erhebt folgende Gebühren:

**44. Verordnung über das Bestattungswesen (BR 508.100)**

**Art. 5 Abs. 2**

<sup>2</sup>Das zuständige Amt kann auf begründetes Gesuch der Angehörigen oder der Gemeinde eine Ausnahmewilligung erteilen.

**45. Verordnung zum Vollzug des Personenverkehrsabkommens vom 1. Juni 2004 (BR 530.300)**

**Art. 7 Abs. 1**

<sup>1</sup>Die Kontrollkosten gemäss Artikel 9 Absatz 2 litera c des Entsendegesetzes und Artikel 360 b Absatz 5 OR basieren, soweit die kantonale Behörde tätig wurde, auf dem für die Lohnklasse 14 berechneten Wert der Verrechnungsansätze des Departementes für Finanzen und Gemeinden für die Dienstleistungen der kantonalen Verwaltung an Dritte. Zusätzlich können Spesen gemäss den Ansätzen der Personalgesetzgebung des Kantons Graubünden in Rechnung gestellt werden.

**Art. 8**

Das Departement für Volkswirtschaft und Soziales legt nach Anhörung der in der tripartiten Kommission vertretenen Sozialpartner die Höhe und die Modalitäten der Entschädigung der paritätischen Kommissionen fest.

**46. Allgemeinverbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen vom 6. April 1981 (BR 535.100)**

2. Mit der Durchführung des Verfahrens wird das Departement für Volkswirtschaft und Soziales beauftragt.

**47. Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über die Krankenversicherung und die Prämienverbilligung (ABzKPVG) vom 17. Dezember 2002 (BR 542.120)**

**Art. 1 Abs. 4**

<sup>4</sup>Die Gemeinden haben die Daten der von der Versicherungspflicht befreiten Personen jeweils per 30. Juni und 31. Dezember in elektronischer Form dem Gesundheitsamt (Amt) zuzustellen.

**Art. 2 Abs. 1**

<sup>1</sup>Das Amt ist zuständig für:

**Art. 5 Abs. 4 und 5**

<sup>4</sup> Ist die versicherte Person mit dem Entscheid nicht einverstanden, kann sie eine beschwerdefähige Verfügung des Amtes verlangen.

<sup>5</sup> Aufgehoben

**Art. 20 Abs. 2**

<sup>2</sup> Der Revisionsbericht zur Prämienverbilligung ist bis Ende April des Folgejahres dem Amt, und der Finanzkontrolle einzureichen.

**Art. 21 Abs. 1**

<sup>1</sup> Das Amt überwacht die zweckmässige Verwendung der Prämienverbilligungsbeiträge durch die Versicherer.

**48. Reglement der Arbeitslosenkasse Graubünden vom 5. Dezember 1983 (BR 545.280)**

**Art. 2 Abs. 1**

<sup>1</sup> Für die Kassenführung sind der Kassenleiter und das für eine ordnungsgemässe Verwaltung notwendige Personal verantwortlich. Zeichnungsberechtigt sind der Kassenleiter sowie weitere durch das Departement für Volkswirtschaft und Soziales bestimmte Funktionäre.

**49. Ergänzungsleistungen aus dem „Bündner Arbeitslosenfonds“ vom 21. November 1977 (BR 545.290)**

6. Mit der Beanspruchung des Fonds verbundene Einzelheiten regelt das Departement für Volkswirtschaft und Soziales.

**50. Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über die Förderung der familienergänzenden Kinderbetreuung im Kanton vom 11. November 2003 (BR 548.310)**

**Art. 2**

Zuständiges Departement ist das Departement für Volkswirtschaft und Soziales.

**51. Polizeiverordnung vom 21. Juni 2004 (BR 613.100)**

**Art. 1 Abs. 1**

<sup>1</sup>Die Kantonspolizei ist dem Departement für Justiz, Sicherheit und Gesundheit unterstellt. Sie steht unter der Leitung der Polizeikommandantin oder des Polizeikommandanten.

**52. Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über die Katastrophenhilfe vom 12. Dezember 2000 (BR 630.120)**

**Art. 2**

Das Amt für Militär und Zivilschutz hat alle Aufgaben wahrzunehmen und Entscheide zu treffen, für die nach dem Recht des Bundes oder des Kantons keine andere Instanz zuständig ist.

**53. Reglement über die Ausrichtung von Beiträgen aus dem Landeslotteriefonds (Landeslotteriefonds-Reglement, LFR) vom 17. März 1998 (BR 710.600)**

**Art. 1 Abs. 2**

<sup>2</sup>Das Fondsvermögen wird zu dem vom Departement für Finanzen und Gemeinden festgelegten Ansatz verzinst.

**54. Ausführungsbestimmungen zum Steuergesetz für den Kanton Graubünden vom 13. Februar 2001 (BR 720.015)**

**Art. 60 Abs. 1**

<sup>1</sup>Der dem Bund gemäss Artikel 20 des Bundesratsbeschlusses nicht zu belastende Teilbetrag der pauschalen Steueranrechnung wird zwischen Kanton und Wohnsitzgemeinde des Antragstellers zu gleichen Teilen aufgeteilt. Das Departement für Finanzen und Gemeinden kann im Einzelfall eine abweichende Verteilung anordnen.

**55. Raumplanungsverordnung für den Kanton Graubünden (KRVO) vom 24. Mai 2005 (BR 801.110)**

**Art. 1 Abs. 1**

<sup>1</sup>Zuständiges Departement für den Bereich Raumplanung ist das Departement für Volkswirtschaft und Soziales (Departement).

**56. Richtlinien für die Gefahrenzonenplanung vom 6. Mai 1997  
(BR 801.500)**

**Art. 2 Abs. 3**

<sup>3</sup> Das Amt für Wald sorgt für die Weiterbildung der Mitglieder der Gefahrenkommissionen.

**Art. 4 Abs. 1**

<sup>1</sup> Die Gemeinden beauftragen die zuständigen Kreisforstingenieure oder, im Benehmen mit dem Amt für Wald, andere ausgewiesene Fachleute mit der Bearbeitung der Gefahrenzonen zuhanden der Gefahrenkommissionen.

**Art. 7 Ziff. 2**

2. Ein technischer Bericht zur Information der Öffentlichkeit mit Angaben zu:
  - a) Rechtswirkung der Gefahrenzonen;
  - b) objektive Beschreibung der Gefahrenzonen und der Gefahrenarten;
  - c) Methode und Ergebnisse eventueller rechnerischer Ermittlung von Gefährdungspotentialen;
  - d) im Fall von Änderungen: Begründung, evtl. Angaben zur voraussichtlichen Wirkung technischer und biologischer Schutzmassnahmen;

Die minimalen Inhaltsanforderungen legt das Amt für Wald mit Weisung fest;

**Art. 8**

Das Amt für Raumentwicklung erlässt Wegleitungen darüber, wie die Gemeinden die Gefahrenzonen in den Gefahrenzonenplänen darzustellen haben.

**Art. 12 Abs. 3**

<sup>3</sup> Das Amt für Wald prüft die Gefahrenzonenpläne. Den Antrag an die Regierung stellt das für Ortsplanungen zuständige Departement für Volkswirtschaft und Soziales.

**Art. 16 Abs. 2**

<sup>2</sup> Die Rechnungsstellung für den Arbeitsaufwand der Gefahrenkommissionen erfolgt durch das Amt für Wald. Gestützt auf Artikel 54 ff. KRVO kann der Kanton im Rahmen der vorhandenen Mittel an die Kosten der Gefahrenzonenausscheidung Beiträge leisten.

**57. Verordnung über die Ausrichtung von kantonalen Beiträgen an Abwasser- und Abfallanlagen (Beitragsverordnung) vom 24. Februar 1998 (BR 815.230)**

**Art. 16 Abs. 1**

<sup>1</sup> Gesuche um Beiträge sind vor Inangriffnahme des Vorhabens schriftlich dem Amt für Natur und Umwelt (Amt) einzureichen.

**Art. 17 Abs. 1**

<sup>1</sup> Die Beitragsgesuche werden vom Amt geprüft.

**Art. 18 Abs. 1**

<sup>1</sup> Das Amt ist für die Zusicherung und Ausrichtung von Beiträgen bis Fr. 50'000.- je Gesuch zuständig.

**Art. 19 Abs. 1**

<sup>1</sup> Wesentliche Änderungen an Vorhaben, für welche Beiträge zugesichert wurden, sowie Änderungen, welche eine Anpassung der Beiträge zur Folge haben können, sind dem Amt vor Inangriffnahme mitzuteilen.

**Art. 20 Abs. 1**

<sup>1</sup> Dem Amt sind zur Beitragsabrechnung einzureichen:

- a) Alle Rechnungen und Zahlungsbelege im Original;
- b) Teuerungsabrechnung;
- c) Dokumentation über das ausgeführte Werk.

**58. Kantonale Umweltschutzverordnung (KUSV) vom 13. August 2002 (BR 820.110)**

**Art. 1 Abs. 2**

<sup>2</sup> Fachstelle für den Umweltschutz ist das Amt für Natur und Umwelt.

**Art. 17**

Das Amt für Lebensmittelsicherheit und Tiergesundheit vollzieht die Artikel 4 - 6 der Verordnung über Getränkeverpackungen.

**Art. 32**

<sup>1</sup> Bei Bauten und Anlagen ausserhalb von Bauzonen, die der Prüfung des Departementes für Volkswirtschaft und Soziales (BAB-Verfügung) bedürfen, erfolgt die Anhörung der Fachstelle im Rahmen des BAB-Verfahrens.

<sup>2</sup> Das Departement für Volkswirtschaft und Soziales übermittelt die Beurteilung der Fachstelle zusammen mit der BAB-Verfügung der Gemeinde.

**Art. 33 Abs. 3**

<sup>3</sup> Ist zusätzlich eine BAB-Verfügung notwendig, sind die Unterlagen über das Amt für Raumentwicklung einzureichen.

**59. Kantonale Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung (KVUVP) vom 30. April 1991 (BR 820.150)**

**Art. 2 Abs. 1**

<sup>1</sup> Das Amt für Natur und Umwelt ist Umweltschutzfachstelle (Fachstelle) im Sinne von Art. 9 und Art. 42 USG. Die Fachstelle ist zuständig für fachübergreifende Umweltfragen sowie für die Beurteilung, ob die geplante Anlage den Vorschriften über den Schutz der Umwelt entspricht. Sie berät die zuständige Behörde bei der Durchführung der UVP und sorgt für den rechtzeitigen Beizug der betroffenen Amtsstellen.

**Anhang**

**UVP-Anlagen und massgebliches Verfahren im Kanton Graubünden**

<b>Nr.</b>	<b>zuständige Behörde</b>
21.2	Gemeinde/Departement für Volkswirtschaft und Soziales
21.4	Gemeinde/Departement für Volkswirtschaft und Soziales
21.5	Gemeinde/Departement für Volkswirtschaft und Soziales
22.3	Gemeinde/Departement für Volkswirtschaft und Soziales
22.4	Gemeinde/Departement für Volkswirtschaft und Soziales
30.1	Gemeinde/Departement für Volkswirtschaft und Soziales
30.4	Gemeinde/Departement für Volkswirtschaft und Soziales
40.4	Gemeinde/Departement für Volkswirtschaft und Soziales
40.7	Gemeinde/Departement für Volkswirtschaft und Soziales
50.5	Gemeinde/Departement für Volkswirtschaft und Soziales
60.2	Gemeinde/Departement für Volkswirtschaft und Soziales
70.1	Gemeinde/Departement für Volkswirtschaft und Soziales
70.9	Gemeinde/Departement für Volkswirtschaft und Soziales
80.1	Departement für Volkswirtschaft und Soziales
80.3	Gemeinde/Departement für Volkswirtschaft und Soziales

**60. Verordnung über die nicht eidgenössisch konzessionierten  
Luftseilbahnen, Skilifte und Schrägaufzüge vom 13.  
Dezember 2005 (BR 873.450)**

**Art. 3**

Die Funktionen der technischen Kontrollstelle werden dem Amt für Landwirtschaft und Geoinformation übertragen.

**61. Gebühren für Betriebs- und Unterhaltskontrollen bei  
Kleinluftseilbahnen und Skiliften vom 15. September 1975  
(BR 873.550)**

**Ziff. 1 Zweiter Absatz**

Der Gesamtbetrag der Gebühren wird vom Departement für Volkswirtschaft und Soziales festgelegt; er setzt sich wie folgt zusammen:

**62. Ausführungsbestimmungen über den Selbsthilfefonds zur  
Förderung des Rindviehabsatzes vom 12. August 1997 (BR  
912.070)**

**Art. 6 Abs. 1**

<sup>1</sup> Das Amt für Lebensmittelsicherheit und Tiergesundheit besorgt den Einzug der von den Viehbesitzern zu leistenden Beiträge. Sie werden zusammen mit den Beiträgen zugunsten des kantonalen Tierseuchenfonds erhoben.

**Art. 7**

Die Jahresrechnung ist dem Amt für Landwirtschaft und Geoinformation bis spätestens Ende Februar zur Prüfung einzureichen.

**63. Ausführungsbestimmungen zum Meliorationsgesetz des  
Kantons Graubünden vom 25. November 2003  
(BR 915.120)**

**Art. 9 Abs. 1**

<sup>1</sup> Das Beitragsgesuch ist vor Beginn der Arbeiten mit den erforderlichen Unterlagen dem Amt für Landwirtschaft und Geoinformation einzureichen.

**64. Ausführungsbestimmungen zur Verordnung über den Rebbau und die Einfuhr von Wein (Weinverordnung) vom 1. Juli 2002 (BR 917.400)**

**Art. 2**

Der Vollzug obliegt dem Departement für Volkswirtschaft und Soziales (Departement), soweit er nicht der Fachstelle Weinbau (Fachstelle) oder dem Amt für Lebensmittelsicherheit und Tiergesundheit (Labor) übertragen wird.

**65. Ausführungsbestimmungen zum kantonalen Waldgesetz (RABzKWaG) vom 19. Dezember 1995 (BR 920.120)**

**Art. 25**

Gestützt auf das Reglement der Gemeinde genehmigt das Departement für Justiz, Sicherheit und Gesundheit die Vorschriften-Signale.

**66. Ausführungsbestimmungen betreffend Waldfeststellung (BR 920.130)**

**Art. 13 Abs. 3**

<sup>3</sup> Einsprachen sind an das Amt für Wald zu richten.

**Art. 19. Abs. 2**

<sup>2</sup> Während der Auflagefrist kann beim Amt für Wald schriftlich Einsprache erhoben werden.

**67. Ausführungsbestimmungen betreffend Dienstverhältnis der Revierförster (BR 920.140)**

**Art. 8**

<sup>1</sup> Das Anstellungsverhältnis wird durch den Dienstvertrag geregelt, der auf dem Normaldienstvertrag basiert, den das Amt für Wald herausgegeben hat. Im Weiteren sind die vorliegenden Ausführungsbestimmungen für die Anstellung verbindlich.

<sup>2</sup> Der Dienstvertrag bedarf der Zustimmung des Amtes für Wald.

**Art. 12 Abs. 2**

<sup>2</sup> Die Beschwerde ist schriftlich und begründet dem Amt für Wald einzureichen, welches darüber endgültig entscheidet.

**Art. 20**

Der Revierförster arbeitet bei der Waldentwicklungsplanung mit, sorgt für eine aktuelle forstliche Betriebsplanung und führt die entsprechenden Kontrollen gemäss Planungsvorschriften und -instruktionen des Amtes für Wald aus.

**Art. 23 Abs. 1 lit. b**

b) die Stellungnahmen zu Umfragen des Amtes für Wald;

**68. Ausführungsbestimmungen betreffend forstliche Planung  
(BR 920.600)**

**Art. 5**

Waldeigentümer und Öffentlichkeit sind durch das Amt für Wald vor Planungsbeginn über Planungsziele und Planungsablauf zu informieren.

**Art. 6 Abs. 2**

<sup>2</sup> Das Amt für Wald regelt die Erfassung, Verwaltung, Verwendung und Nachführung der benötigten Grundlagen.

**Art. 9**

<sup>1</sup> Der Waldentwicklungsplan (Planteil) wird während 20 Tagen beim Amt für Wald und in den betroffenen Gemeinden öffentlich aufgelegt.

<sup>2</sup> Während der Auflage können beim Amt für Wald Einwände und Anregungen eingereicht werden. Die betroffenen Gemeinden entscheiden über diese Eingaben.

**Art. 11 Abs. 1 und 2**

<sup>1</sup> Das Amt für Wald ist verantwortlich für die Vollzugs- und Erfolgskontrolle.

<sup>2</sup> Der Plan kann auf Antrag der betroffenen Gemeinden und des Kreisforstamtes durch das Amt für Wald überprüft und nötigenfalls überarbeitet werden.

**Art. 13 Abs. 3**

<sup>3</sup> Mehrere Waldeigentümer können einen gemeinsamen Betriebsplan erstellen. Das Amt für Wald entscheidet nach Anhören der Waldeigentümer über die Zulässigkeit eines gemeinsamen Betriebsplanes.

### **Art. 15 Abs. 2**

<sup>2</sup> Der Waldeigentümer legt zusammen mit dem Kreisforstamt die Details zum Planungsablauf fest und entscheidet über den Beizug von Planungsbüros. Das Amt für Wald ist über den Planungsfortschritt zu informieren.

### **Art. 16 Abs. 2**

<sup>2</sup> Die Details der Grundlagenbeschaffung regelt das Amt für Wald.

### **Art. 18 lit. a und c**

- a) dem Amt für Wald zur Vorprüfung einzureichen;
- c) durch das Amt für Wald zu genehmigen.

### **Art. 19 lit. c**

- c) wenn es die öffentlichen Interessen erfordern und das Amt für Wald eine solche anordnet.

### **Art. 20**

Je Betriebsplan ist jährlich ein Bericht zu verfassen. Das Amt für Wald legt Form, Inhalt und Umfang fest.

### **Art. 21 Abs. 2**

<sup>2</sup> Gesuche um finanzielle Beiträge des Bundes und des Kantons sind vor Beginn der Arbeiten an das Amt für Wald zu richten.

### **Art. 22**

Zu diesen Planungsvorschriften erlässt das Amt für Wald entsprechende Instruktionen.

## **69. Verordnung über die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung im Kanton Graubünden (Wirtschaftsentwicklungsverordnung) vom 26. Oktober 2004 (BR 932.160)**

### **Art. 1**

Zuständiges Departement für die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung ist das Departement für Volkswirtschaft und Soziales (Departement). Kantonale Dienststelle ist das Amt für Wirtschaft und Tourismus (AWT).

**70. Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über die Spielautomaten und Spielbetriebe vom 4. Juli 2000 (BR 935.610)**

**Art. 2**

Das Departement für Justiz, Sicherheit und Gesundheit ist

- a) Ansprechpartner für die Kommission und das Sekretariat;
- b) für die Durchführung und die Koordination der kantonalen und kommunalen Mitberichtsverfahren zuständig.

**71. Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über den sozialen Wohnungsbau und die Verbesserung der Wohnverhältnisse im Berggebiet vom 2. Dezember 1985 (BR 950.270)**

**Art. 1**

Zuständiges kantonales Amt ist das Amt für Landwirtschaft und Geoinformation (Amt) und innerhalb diesem das Büro für Wohnungswesen.

**Art. 4 Abs. 1**

<sup>1</sup> Projektänderungen sowie nachträgliche Um- und Ausbauarbeiten bedürfen der vorgängigen Zustimmung des Amtes.

**Art. 6 Abs. 1**

<sup>1</sup> In unverschuldeten Härtefällen kann die Amortisation von Darlehen auf begründetes Gesuch hin durch das Departement für Volkswirtschaft und Soziales sistiert werden.

**Art. 18 Abs. 1 und 3**

<sup>1</sup> Gesuche sind beim Amt zu Händen des Büros für Wohnungswesen einzureichen.

<sup>3</sup> Das Büro für Wohnungswesen kann Weisungen erlassen und Merkblätter herausgeben. Diese bedürfen der Genehmigung durch das Departement für Volkswirtschaft und Soziales.

Namens der Regierung

Der Regierungspräsident: *Claudio Lardi*

Der Kanzleidirektor: *Claudio Riesen*